

Deutsche Einheit ohne Neues Denken?

Autor(en): **Ordnung, Carl**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **87 (1993)**

Heft 3

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143753>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Deutsche Einheit ohne Neues Denken?

Für den ostdeutschen Christen Carl Ordnung ist die Wiedervereinigung nicht das «Gottesgeschenk», als das sie von opportunistischen Kirchenleitungen gepriesen wird, sie ist unter dem Vorzeichen der kapitalistischen Marktlogik überhaupt kein Geschenk, sondern ein Übel, in dem der neu erwachte Faschismus und Antisemitismus wurzeln. Dieses System muss als ganzes in Frage gestellt und durch ein Neues Denken, diesmal eines «von unten», überwunden werden. Red.

Wiedervereinigung – ein «Geschenk Gottes»?

Im Oktober 1992 wiedervereinigten sich (als letzte Kirchen in Deutschland) die beiden Evangelisch-methodistischen Kirchen (EmK), die 1969 selbständige Zentralkonferenzen in der DDR und in der BRD gebildet hatten, in Berlin zu *einer* deutschen Zentralkonferenz. In den Ansprachen und Voten zu diesem Vorgang wurde die Wiedervereinigung nicht nur der Kirchen, sondern vor allem Deutschlands mehrfach als Wunder und Geschenk Gottes bezeichnet. Auch wenn solche Aussagen kaum emotional aufgeladen waren und sich manchmal eher wie eine Pflichtübung anhörten – ein Geschenk Gottes, das darf ja wohl nur dankbar empfangen und nicht in Frage gestellt werden. Vor allem aber suggeriert diese Beschreibung, dass wir in der DDR dieses Gottesgeschenk herbeigesehnt hätten.

Sicher hat es besonders in den ersten Jahren nach 1945 zahlreiche solche Christinnen und Christen gegeben. Für die letzten 30 Jahre kann ich mich allerdings nicht erinnern, dass in den Hunderten von Gottesdiensten, an denen ich teilnahm, auch nur ein einziges Mal die Wiedervereinigung Deutschlands Gegenstand der Fürbitte gewesen wäre. Ähnlich wie in den evangelischen Landeskirchen setzte sich auch in der EmK allmählich die Einsicht durch:

Die Teilung Deutschlands sei ein Ergebnis des Zweiten Weltkriegs. Sie müsse als *Gericht Gottes* angenommen werden. Nachdem von – dem nur ganze 75 Jahre (seit 1871) einigen – Deutschland zwei verheerende Weltkriege ausgegangen seien, habe das deutsche Volk nun die Chance, in zwei Staaten einen Beitrag zum Frieden in Europa zu leisten.

Dahinter stand die Überzeugung, dass angesichts der Ost-West-Konfrontation in Europa das Streben nach Wiedervereinigung Krieg bedeuten könnte. Mit der Anerkennung der Zweistaatlichkeit, die allerdings zu keiner Zeit ein Sich-Abfinden mit der Verhinderung menschlicher Begegnungen und dem Zerreißen von Familien durch den Bau der Berliner Mauer bedeutete, machten die Kirchen klar, dass für sie dem *Frieden die absolute Priorität* gegenüber der Einheit zukomme.

Rechtsextremismus als Konsequenz des Einigungsprozesses

Die dramatischen Ereignisse seit dem Ende der achtziger Jahre in Europa scheinen diese Sicht zunächst nicht zu bestätigen: Die Einheit Deutschlands konnte im Frieden wiederhergestellt werden. Ob sie allerdings auch ein Faktor des Friedens auf dem Kontinent sein wird, ist angesichts des Wiederauflebens von *Antisemitismus* und *Faschismus* sowie der *Gewalt gegen Aus-*

länder immer fraglicher. Dass diese bedrohlichen Tendenzen eine Begleiterscheinung, wenn nicht gar eine Konsequenz aus dem Einigungsprozess und der Art, wie er vollzogen wurde, sind, dafür dürften folgende Tatbestände sprechen:

1. Die Motive der Mehrheit der Ostdeutschen, die 1990 nach der Einheit Deutschlands riefen, waren nicht nationalistischer Art, sie wurzelten in dem Frust über die Zustände in der DDR und in dem Verlangen nach (mehr) Wohlstand. Nichtsdestoweniger war die Wiedervereinigung die *Erfüllung nationalistischer Wünsche*. Sie gab damit nationalistischen Tendenzen Auftrieb. Viele, vor allem auch jüngere Menschen waren plötzlich stolz, Deutsche zu sein. In diesem Stolz schwang immer auch – für manche sicher unbewusst und ungewollt – die Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern und Rassen mit.

2. Der Zusammenbruch des Sozialismus, der diese Wiedervereinigung erst möglich machte, wurde sofort als Niederlage linker und als *Triumph* gegenteiliger, also *rechter politischer Konzeptionen und Überzeugungen* interpretiert, was jene nationalistischen Trends zu legitimieren schien.

3. Die Art und Weise, wie die Wiedervereinigung vollzogen wurde, beschleunigte den Prozess der *sozialen Polarisierung*. Vor allem Angehörige unterer sozialer Schichten sehen ihren bescheidenen Wohlstand bedroht oder sich durch die Versprechung eines solchen Wohlstandes getäuscht. Angeleitet durch einen Teil der Medien, machen sie in Flüchtlingen und Asylsuchenden die angebliche Ursache für ihre Misere aus. Zahlreiche Untersuchungen weisen nach, dass gar nicht der Ausländer an sich Gegenstand des *Ausländerhas*ses ist, sondern der arme Ausländer aus Osteuropa und der Dritten Welt, durch den man den eigenen schwindenden Wohlstand zusätzlich bedroht glaubt.

Wenn der deutsche Einigungsprozess solche negativen Konsequenzen hat, wäre es dann nicht besser gewesen, auf die deutsche Einheit zu verzichten, weil sie eben doch nicht simpel ein «Gottesgeschenk»

ist? Die Frage ist spekulativ. Hinter ihr steht nicht der Gedanke, es wäre besser gewesen, die DDR zu erhalten. Das war wohl keine geschichtliche Möglichkeit mehr. Aber weil wir für künftig notwendige Entscheidungen lernen sollten, müssen wir darüber nachdenken, was an diesem Prozess falsch gelaufen ist, was anders hätte gemacht werden sollen und können. Denn die politischen, ökonomischen, sozialen und geistigen *Fehlentscheidungen* sind alles andere als harmlos; sie gefährden unsere gemeinsame Zukunft.

Das Neue Denken – eine geistige Leistung des Realsozialismus

Bei dem Versuch, erste Antworten auf diese Fragen zu formulieren, muss die deutsche Vereinigung in einen umfassenderen Zusammenhang gestellt werden, ist sie doch nur ein Sonderfall für die Art und Weise, wie der Westen auf den Zusammenbruch des Realsozialismus reagierte. Dieser Realsozialismus hat in seiner tiefen Krise eine bemerkenswerte geistige Leistung hervorgebracht: das Neue Denken, das mit dem *Namen Gorbatschow* verbunden ist. Man kann es als die Fähigkeit beschreiben, die Welt als ganzheitliches Phänomen zu begreifen, d.h. die sogenannten globalen Fragen (Umweltzerstörung, Verelendung der Dritten Welt usw.) als Probleme zu sehen, die die Menschheit als ganze bedrohen und die nur in übergreifender Kooperation bewältigt werden können. Gorbatschows Verdienst ist es, als erster führender Staatsmann diese Erkenntnis in zähem Ringen gegen Engstirnigkeit in seiner eigenen Partei Schritt für Schritt in praktische Politik umgesetzt zu haben.

Konsequenz aus dem Neuen Denken war zugleich die Einsicht, dass Kapitalismus und Sozialismus nicht antagonistische Gesellschaftssysteme, sondern nur unterschiedliche Gestalten derselben industriell-technischen Zivilisation sind, die jene globalen Probleme verursacht hat, und dass deshalb beide zugunsten eines neuen umweltverträglichen und sozial gerechteren Zivilisationsmodells überwunden wer-

den müssen. Das Neue Denken war damit zugleich ein *Signal an den Westen*, dass die Sowjetunion ihre eigenen Probleme nicht mehr allein zu lösen imstande war und dass sie deshalb den früheren Feind zur Kooperation einlud.

Der Westen ging auf dieses Angebot nicht ein. Er machte den *Zusammenbruch* des realsozialistischen Systems zur *Voraussetzung für seine Kooperationsbereitschaft*. Er war blind für die Erkenntnis des Neuen Denkens, dass es innerhalb der in einem Boot sitzenden Menschheit keine Sieger und Besiegte mehr geben könne und dürfe. Statt die unterliegende Seite als Partner anzunehmen, kostete er seinen vermeintlichen Triumph voll aus und verstärkte eben damit alle negativen Tendenzen zur Verschärfung der globalen Probleme sowohl auf den Gebieten der Ökologie und der Weltwirtschaft als auch durch die Verweigerung der erwarteten Friedensdividende anstelle der Aufrechterhaltung von Kriegsbereitschaft und Rüstung.

In der Logik der Profitmaximierung

Was hätte in Deutschland geschehen müssen, um diesem Trend zu widerstehen und vernünftige, zukunftssträchtige Lösungen anzustreben:

1. Nicht der Verzicht auf Vereinigung, wohl aber eine Vereinigung, die diesen Namen verdient. Also nicht der Beitritt der DDR in die unveränderte Bundesrepublik und die Übernahme ihrer politischen, wirtschaftlichen und juristischen Ordnung, sondern die Schaffung eines *neuen Staates* aus den beiden 40 Jahre eigenständigen staatlichen Gebilden. Eine neue Verfassung, die die neuen Herausforderungen unserer Zeit reflektiert.

2. Statt einer Emotionalisierung der Menschen durch irrealen Versprechungen der *Appell an Vernunft*, Geduld und Zurückhaltung auf einem langwierigen und komplizierten Weg des Zusammenwachsens in einer Welt, deren wirtschaftliche, ökologische und soziale Probleme sich verschärfen.

Bei der Formulierung solcher Erwartungen wird einem bewusst, wie illusionär sie sind. Kann man sich einen Bundeskanzler vorstellen, der – statt sich populistisch der Mehrheitsmeinung anzupassen, um so die Machtposition seiner Partei zu festigen – die Hoffnungen vieler dämpft, zur Nüchternheit aufruft, die Schwere der Aufgabe beschreibt und hinzufügt, dass es nicht sicher sei, ob man sie lösen könne? Genau das aber wird die Aufgabe des verantwortlichen Politikers der Zukunft sein, dass er falsche Versprechungen zurücknimmt und von den globalen Erfordernissen her tiefgehende gesellschaftliche, vor allem wirtschaftliche Strukturveränderungen anmahnt und für einen Lebensstil der Bescheidenheit und nicht des wachsenden Wohlstandes eintritt.

Der *Realsozialismus* ist gescheitert. Er hat keinen Beitrag zur Bewältigung der globalen Probleme leisten können. Im Osten Deutschlands erinnern sich heute viele Menschen mancher sozialer Errungenschaften jener Zeit, allerdings ohne darüber nachzudenken, welcher Preis dafür entrichtet werden musste.

Das *kapitalistisch-marktwirtschaftliche System* hat erstaunliche Produktionsleistungen und hohe Effektivität hervorgebracht und damit einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung in Westeuropa, Nordamerika und Japan eine Steigerung des Lebensstandards ermöglicht. Das geschah allerdings auf Kosten der grossen Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner des Erdballs und zu Lasten der Gerechtigkeit, des Friedens und unserer natürlichen Umwelt. Der Prozess der Vereinigung Deutschlands wird durch die Mechanismen dieses Systems gesteuert. Was er an negativen Aspekten sichtbar macht, etwa De-Industrialisierung, Arbeitslosigkeit, Gewalt gegen Ausländer, wachsende Kriminalität usw., das sind nicht einfach nur Defizite dieses Systems, die im Lauf der Entwicklung zurückgedrängt und vielleicht ganz ausgemerzt werden könnten, diese Erscheinungen entsprechen vielmehr der Logik eines Systems, dessen Motor die Maximierung von Profit, die Vermehrung von

Reichtum und Besitz im Konkurrenzkampf ist, in dem sich die Starken durchsetzen.

Deshalb gehen diese Erscheinungen auch nicht zurück; weltweit nehmen sie zu. Es gab noch nie so viele Hungernde, Arme, Arbeitslose, Flüchtlinge in der Welt wie heute. Der neueste Bericht des UN-Entwicklungsprogramms stellt fest, dass 1991 Werte in Höhe von 500 Milliarden Dollar aufgrund der Mechanismen des vom Kapitalismus dominierten Weltwirtschafts-systems aus den Ländern des Südens in die Industrieländer des Nordens abgeflossen sind, während nur 50 Milliarden Dollar in entgegengesetzter Richtung als Entwicklungshilfe gegeben wurden. Davon hat auch unser Land profitiert.

Neues Denken von unten – auch eine Aufgabe der Kirche

Weil das alles so ist, genügt es nicht länger, einzelne Aspekte zu kritisieren und zu korrigieren. Es muss dieses System als ganzes in Frage gestellt werden. Nicht um die Illusion zu nähren, als könne das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System kurzfristig überwunden werden, sondern um das Bewusstsein zu fördern, dass nur im *Widerstand* dagegen auf die Dauer das Überleben der Menschheit gesichert werden kann.

Die Herausbildung eines *neuen Zivilisationsmodells* braucht sicher viele Jahrzehnte. Nach Lage der Dinge ist dabei von den heutigen politischen Institutionen wenig zu erwarten. Deshalb ist es wichtig, dass in allen Ländern Millionen von einzelnen, von Gruppen und Netzwerken anfangen, nach neuen Mustern zu handeln, sich nicht länger anpassen an das Gegebene, sondern eben Widerstand leisten. Nachdem der Versuch zunächst gescheitert ist, mit Hilfe des Neuen Denkens von oben her die notwendigen Veränderungen in unserer Welt zu beginnen, muss das nun von unten her in Angriff genommen werden.

Den Kirchen käme in dieser Situation eine wichtige Aufgabe zu. Denn die *biblische Tradition* weiss um die verderbliche Macht des Götzen Mammon, der unsere

Welt heute voll im Griff hat. Sie weiss, dass Gerechtigkeit nur in der Parteinahme für die Armen, Unterdrückten und Ausgebeuteten und damit gegen die Reichen verwirklicht werden kann. Aber die Kirchen in Deutschland scheinen ihre prophetische Aufgabe zugunsten der Anpassung an das System zu verdrängen. Sie beschäftigen sich mit ihren eigenen Strukturen und damit, wie sie ihre Existenz finanziell absichern können. Sie sind blind für das, was in einem Gemeindekreis in Ostdeutschland kürzlich so formuliert wurde: «Unsere heutige Gesellschaft scheint viel gottferner zu sein als die des staatlich verordneten Atheismus.» Denn dieser Atheismus war für die einzelnen Christinnen und Christen und für die ganze Kirche eine heilsame Herausforderung, sich ihres Glaubens gewiss zu werden. Das geistliche Leben, das unsere Kirchen damals erfüllte, er stirbt.

Die Kirchen scheinen der *Versuchung der pluralistischen Gesellschaft* zu erliegen: sich – wie alle anderen Gruppen und Organisationen – um die eigenen Belange zu kümmern. Eine Kirche aber – hat Dietrich Bonhoeffer schon gesagt – ist nur Kirche, wenn sie für andere (und eben nicht für sich selbst) da ist.

Der Atheismus war nie eine Versuchung für die Kirche; der Pluralismus ist eine tödliche Versuchung für sie. Die prophetische Tradition ist heute in Kirchen der Dritten Welt lebendig, die, wie der Generalsekretär des Nationalen Kirchenrates der Philippinen Feliciano Carino kürzlich schrieb, der tödlichen Logik des kapitalistischen Systems die «*neue Logik der Hoffnung*» entgegensetzen, die aus dem Kampf der Armen entspringt. Die Solidarität mit diesem Kampf ist ein entscheidender Teil unseres eigenen Widerstandes.

